

Seine Terminologie bündelte die Bedürfnisse der Bürger

Die politische Sprache Konrad Adenauers

Wolfgang Bergsdorf

Am Anfang auch der politischen Terminologie der zweiten Demokratie in Deutschland stand Konrad Adenauer. Als er am 15. September 1949 zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde, konnte niemand voraussagen, dass der 73-jährige Adenauer einer Ära seinen Namen aufdrücken würde, in der der neu entstandene Staat – im Inneren sich konsolidierend – sich rasch internationales Ansehen und Vertrauen erwerben würde. Mit dem Aufbrechen von Gegensätzen in der ehemaligen Kriegsallianz waren zwar in den Jahren 1946 bis 1949 die Rahmenbedingungen eines neuen bipolaren Systems für die internationale Politik entstanden und damit auch Entwicklungsbedingungen für die Bundesrepublik vorgegeben. Aber völlig offen war der Erfolg der Adenauerschen Politik des Ausgleichs nach innen, wie sie sich vor allem schrittweise im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und in den Anstrengungen zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge entfaltete. Offen war auch das Ergebnis seiner Politik der Anpassung an die Forderungen der westlichen Alliierten, mit der er die wirtschaftliche und politische Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland mit ihren westlichen Nachbarn erreichen wollte, um

dadurch die Isolierung Deutschlands zu überwinden und die Souveränität der Bundesrepublik Zug um Zug zu gewinnen. Nicht abzusehen waren schließlich die Folgen dieser „Erfüllungspolitik“ für die Deutschland-Frage, die von der Sowjetunion immer wieder ins Spiel gebracht werden sollte, um den Prozess der Westintegration der Bundesrepublik anzuhalten.

Die Erfolgsaussichten der Politik Adenauers wurden mitbestimmt durch die terminologische Präsentation. Die Systematik der Begrifflichkeit, mit der Adenauer, seine Regierung und die Regierungsparteien ihre Politik immer wieder erläuterten und fortentwickelten, ist natürlich nicht das Werk eines Einzelnen; aber ein Blick auf die persönliche Terminologie Adenauers, wie sie sich vor 1949 entwickelt hatte, zeigt nicht nur die Kontinuität seines Denkens, sondern auch terminologische Gründe für den entscheidenden Einfluss, den er auf die sprachliche Darstellung der deutschen Politik über so viele Jahre ausüben konnte.

Man hat sich angewöhnt, die sprachlichen Fähigkeiten Adenauers gering einzuschätzen. Man hat dem „Demosthenes am Fuß der Sieben Berge“ den geringen Umfang seines ohnehin zu stark rheinisch eingefärbten Wortschatzes vorgeworfen und ihn immer

wieder mit dem brillierenden Redner Theodor Heuss verglichen, der nach „Amt und Wesen zum Reden“, während Adenauer „mit seltener Ausschließlichkeit zum Handeln bestimmt“ sei. Heuss sei „von der Sphäre der Entscheidung durch Verfassung und wohl auch durch Temperament fern gehalten“, Adenauer hingegen „mit einer fast sprachlosen Energie begabt, die, nur von einer sonderbardürren Ausdrucksfähigkeit begleitet, kaum aufgehellt wurde“ (Dolf Sternberger). Rudolf Augstein kommt in den sechziger Jahren zu dem vernichtenden Pauschalurteil, dass die „deutsche Politik seit 1945 sprachlos ist. Sie kann sich nicht artikulieren, sich nicht verständlich machen außer durch hohes Getön (Erhard). Demokratische Diskussion entfaltet sich nicht, wenn dem Wortführer des Staates das intelligente Wort nicht zu Gebot steht.“ Generalisierungen wie diese erkennen, dass die Überzeugungskraft und damit auch der Erfolg einer Politik sich weniger auf die rhetorischen Fähigkeiten ihrer Repräsentanten stützt als auf die Begriffe, die die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger bündeln und so Zustimmungsbereitschaft erzeugen helfen.

Für die Attraktivität der Adenauerschen Terminologie waren zwei Voraussetzungen wesentlich. Erstens der immer noch mit starken sozialistischen Elementen angereicherte Sprachgebrauch der SPD nach 1945 und vor allem ihres Vorsitzenden Schumacher. Ihm wurde schon sehr bald attestiert, dass er die „neuen Schlüsselwörter“ nicht gefunden habe, weil er mit seinen bloßen Wiederanknüpfungen an die Zeit vor 1933 die Lage nach 1945 psychologisch fehlein geschätzt habe (Walter Dirks). Selbst ein der SPD wohlwollender Kritiker beklagt: „Der sozialistische Jargon klang den deutschen Bürgern (und bewusstseinsmäßig war inso-

weit ein Großteil der Bevölkerung bürgerlich!) immer noch nach totaler Enteignung und allem Bösen schlechthin“ (Wolf Dieter Narr).

Die zweite erfolgreiche Voraussetzung der Terminologie Adenauers war ihre eigene Kontinuität. Sie war kein Reflex auf das NS-Regime und seinen Zusammenbruch, keine Adaption an die Vorstellungen der Besatzungsmächte, sondern sie entfaltete sich aus seiner weltanschaulich gegründeten Programmatik, die er in den vier Jahrzehnten politischer Tätigkeit und politischen Denkens entwickelt hatte.

Gegen den Materialismus

Grundlegend für das politische Denken Konrad Adenauers ist ein in seinem christlichen Glauben verankertes Menschenbild, das dem Einzelnen einen Wert und eine Würde zufließen lässt, die jeder Politik vorgegeben sind und ihr nicht zur Disposition stehen. Der Staat, von Adenauer als Organismus verstanden, hat die Würde des Menschen zu respektieren. Missachtet er die geistige Projektion des Menschen, so verfehlt er seinen Zweck und führt in die Katastrophe. Diesem christlichen Grundverständnis von Politik setzt er die „materialistische Weltanschauung“ entgegen, die er bereits nach dem Ersten Weltkrieg für dessen Entstehung verantwortlich macht.

In Ansprachen zur Eröffnung der Kölner Universität 1919 erklärt Adenauer als Kölner Oberbürgermeister, dass Deutschland „an der Unterschätzung des geistigen Elements, an der Überschätzung der Macht des Materiellen“, zu Grunde gegangen ist. „Nur bewusste und willige Umkehr von diesem Weg sichert dem deutschen Volk noch eine Zukunft.“ Als Präsident des 62. Deutschen Katholikentags präzisierte er 1922 diesen Ge-

dankengang: „Die letzten Jahrzehnte waren die Zeit der [...] Herrschaft des Materialismus. Die Fortschritte, welche die Menschen in der Technik gemacht hatten, die Reichtümer, die nur dadurch zuflossen, hatten [...] den Sinn, das Verständnis für die Tradition, für das Geistige, für das Übernatürliche genommen. Der Materialismus glaubte, in der Materie und in der Herrschaft über die Materie den Endzweck allen menschlichen Seins, die Krone allen menschlichen Strebens zu erblicken. Die Saat, die der Materialismus gestreut hat, ist fruchtbar aufgegangen. Ihre letzte und scheußlichste Frucht ist der Krieg: Die untrennbar mit der materialistischen Weltauffassung verbundene Herrschaftsucht der Völker hat ihn herbeigeführt.“ Die hier noch im Allgemeinen bleibende Ursachenanalyse für die erste europäische Katastrophe wurde von Adenauer nach dem Zweiten Weltkrieg mit größerer Präzision vorangetrieben.

In einer Rede in der Kölner Universität erklärte Adenauer als Vorsitzender der CDU in der britischen Besatzungszone erneut den „Materialismus“ zur letzten Ursache auch des Zweiten Weltkrieges, der er jetzt ein neues Element hinzufügte: „die Überhöhung des Staats- und Machtbegriffes“, zu der der Materialismus „zwangsläufig“ geführt habe und damit „zur Verminderung der ethischen Werte und Würde des einzelnen Menschen“. Adenauer bezieht diese Feststellungen auf „das deutsche Volk, das seit Jahrzehnten in all seinen Schichten an einer falschen Auffassung von Staat, von Macht, von der Stellung des Einzelmenschen (krankt). Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar gehoben. Die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert hat es diesem Götzen geopfert.“

Den mit den Begriffen „Materialismus“ (ab 1948 alternierend mit „Kollektivismus“),

„Verachtung des Wertes des Einzelmenschen“ und „Diktatur“ markierten Negativargumenten stellte Adenauer seine programmatische Grundaussage gegenüber. Sie basiert auf der „christlich-abendländischen Weltanschauung“, nach der die Macht des Staates ihre Grenze finde „an der Würde und den unveräußerlichen Rechten der Person“. Dies gelinge nur in einer „Demokratie“, die „mehr (ist) als eine parlamentarische Regierungsform“, die „eine Weltanschauung (ist), die ebenfalls wurzelt in der Auffassung von der Würde, den Werten und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen, die das Christentum entwickelthat“. Hier wird deutlich, wie Adenauer auch terminologisch eine weitgehende Identität zwischen „christlichem Abendland“ und „Demokratie“ proklamiert, die als wesentliches Motiv seiner Außenpolitik wirksam werden sollte. „Demokratie als Weltanschauung“ ist bei Adenauer mehr als ein rhetorischer Versuch, dem Begriff „Demokratie“ Reverenz zu erweisen. Diese Formel markiert ein Aufgreifen des „Demokratie“-Begriffs über die Politik hinaus in Wirtschaft und Kultur. Sie schlägt sich nicht in den Anstrengungen nieder, Klassen- und Schichtengegensätze übergreifende Termini zu entwickeln, die das programmatiche Ziel einer Einebnung der sozialen Gegensätze hervorheben sollen. Dem dient der Begriff „Gemeinwohl“ als grobe Ordnungskategorie für die Wirtschaft. Adenauer spricht von „gerechtem Ausgleich zwischen Unternehmen und Arbeiter“, die nicht nur „ein rein schuldrechtliches Verhältnis, sondern auch ein Gemeinschaftsvertrag“ miteinander verbinde. Dieser Zielrichtung dient auch die Feststellung, dass „mäßiger Besitz möglichst vieler [...] eine wesentliche Sicherung des demokratischen Staates“ sei.

Schon in seiner Antrittsrede als Bürgermeister der Stadt Köln im Oktober 1917 hatte Adenauer seine organisch-harmonische Gesellschaftsauffassung betont. Der Krieg habe „uns davon überzeugt, dass wir alle Glieder eines Körpers sind, dass das Wohl und Wehe eines Standes letzten Endes auch das des anderen ist. Unsere soziale Erkenntnis hat der Krieg erweitert und vertieft: Der Hebung aller Klassen, die einer solchen bedürfen, muss unsere soziale Arbeit gelten, und sie muss sich erstrecken auf alle Gebiete des menschlichen Lebens.“ Auch das auf die politische Auseinandersetzung bezogene „Demokratie“-Verständnis hat einen starken Harmonisierungsakzent, den Adenauer in seiner Begrüßungsrede vor der von der britischen Militärregierung ernannten Kölner Stadtverordneten-Versammlung setzt.

Das Streben nach Ausgleich und Harmonisierung ist auch bei der außenpolitischen Programmatik Adenauers und ihrer Terminologie spürbar. Seine Frontstellung zum „Materialismus/Kollektivismus“, wie er ihn in der Sowjetunion verkörpert sah, bewog ihn nach 1945 zunehmend, seine Hoffnung auf die Erholung Deutschlands mit den „Vereinigten Staaten von Europa“ unter Einschluss Deutschlands, mit der Europäischen Union, dem „Vereinigten Europa“, zu verbinden. Unter „Europa“ verstand Adenauer zunächst das „Christliche Abendland“, das seine Differenzen und Gegensätze angesichts der gemeinsamen Herausforderung durch den Osten zu überwinden habe.

Die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges wurde von ihm als Chance begriffen, die europäischen Länder politisch und wirtschaftlich so stark miteinander zu verflechten, dass der Friede dauerhaft gesichert und auch das deutsche Sicherheitsproblem gelöst werden könne. Adenauer konnte an

eigene Vorstellungen aus den zwanziger Jahren anknüpfen, in denen er für eine „organische Verflechtung“ der französischen, belgischen und deutschen Wirtschaft eingetreten war, und benutzte den Begriff „Europa“ nach 1945, um wirtschaftlichen Diskriminierungen und „Annexions“-Anstrengungen der Alliierten ebenso entgegenzutreten wie ihren durch die Weltkriege begründeten Sicherheitsbedürfnissen entgegenzukommen. Gleichzeitig verband er mit diesem Begriff die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands wie auch die Lösung der deutschen Sicherheitsfrage. Die „Verständigung mit Frankreich“ nahm in dieser europäischen Dimension seiner Politik eine zentrale Stellung ein.

Würde und Freiheit

Die programmatische Grundkategorie von „Menschenwürde“ und „Freiheit“ in der gesamten Politik Konrad Adenauers hat ihre spannungsreiche Beziehung zu dem Postulat der „nationalen Einheit“ erst in den Jahren nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR voll entfaltet. Die innenpolitische Verwirklichung und transnationale Absicherung des Primates von „Menschenwürde“ und „Freiheit“ betrachtete er als seine Hauptaufgabe. Dabei blieb die Diskrepanz der Ziele (Einheit und Freiheit) verborgen, solange die Hoffnung aufrechterhalten werden konnte, dass der von der Sowjetunion besetzte Teil Deutschlands auf den „Weg der Freiheit“ geführt werden könne, dass „die Ostzone zu den gleichen Zuständen gelangt, in denen wir leben, damit wir dann die Einheit und die Freiheit Deutschlands als gesichert ansehen können“. Es ist kein Zufall, dass Adenauer immer wieder seine Forderung nach der „Ein-

heit Deutschlands“ auch terminologisch an den „Freiheits“-Begriff bindet. Dies unterstreicht nach innen und außen den mit „Freiheit und Menschenwürde“ gekennzeichneten Primat seiner Politik.

Die von Adenauer konzipierte Westintegration kam der breiten Grundströmung des politischen Denkens in der Bundesrepublik (aber nicht nur dort) entgegen; das politische Denken hatte sich nach der „Übersteigerung und Selbstwiderlegung des Nationalismus“ im Hitler-Regime (Karl Dietrich Bracher) supranationalen Ideen geöffnet. Die durch die Politik der Westintegration anvisierte politische und wirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik mit ihren westlichen Nachbarstaaten hatte darüber hinaus einen weiteren wesentlichen Vorteil. Sie unterstrich die Glaubwürdigkeit des Willens zum friedlichen Ausgleich, zum Verzicht auf Revision, die Bereitschaft zum Frieden und zur Festigung der nun errichteten deutschen Demokratie, indem sie den westlichen Ländern dauerhafte Sicherheitsgarantien gegen ein erneutes Aufflammen deutscher Hegemonialbestrebungen anbot. Sie bestanden in einer wirksamen supranationalen Kontrolle, die anstelle einseitiger und auf Dauer undurchführbarer Überwachung Deutschlands ausgeübt werden konnte, und zwar als Selbstkontrolle des partnerschaftlich miteinander verbundenen Europas. „Europa“ war so für Adenauer sehr viel mehr als eine Chiffre, mit der er dem Geist der Nachkriegszeit seine Reverenz erwies. „Europa“ war für ihn eine in seiner Weltanschauung verankerte historische Schlussfolgerung aus den europäischen Katastrophen, die eine Erfolg versprechende friedliche Strategie zur Eindämmung des Kommunismus eröffnete, die gleichzeitig die freiheitliche Ordnung der Bundesrepublik wie ihren politischen

und ökonomischen Aufstieg gewährleisten und so dazu beitragen konnte, den Frieden im konfliktgeschüttelten Europa trotz des Antagonismus der Blöcke zu sichern. Als Voraussetzung für den Erfolg dieser europäischen Option forderte Adenauer, dass „der deutsch-französische Gegensatz, der hunderte von Jahren die europäische Politik beherrscht und zu manchem Krieg, zu Zerstörung und Blutvergießen Anlass gegeben hat, [...] endgültig aus der Welt geschafft“ werde.

Klare Prioritäten

Adenauers Entscheidung für den „Westen“, unter dem er zunächst die westeuropäischen Demokratien und später Westeuropa unter der Führung der Vereinigten Staaten verstand, hatte erhebliche Folgen für seine Deutschland- und Ostpolitik. Adenauer und mit ihm alle großen Parteien verstanden bis in die späten fünfziger Jahre hinein gemeinsam unter „Deutschland“ zunächst die Bundesrepublik als deutschen Kernstaat mit dem politischen Anspruch, für das ganze Deutschland sprechen zu können. Trotz ihres Selbstverständnisses als „Provisorium“ hatte sie eine unwiderrufliche Entscheidung für eine freiheitliche Ordnung im Verständnis der westlichen „Demokratie“-Vorstellungen getroffen, welche auch Grundlage eines wieder vereinigten Gesamtdeutschlands werden müsse. Dementsprechend wurde die DDR als ein unter fremder Herrschaft stehender Teil Deutschlands ohne echte, das heißt demokratische Staatsqualität verstanden. Konsequent verhinderte die Bonner Politik deshalb die Bezeichnung DDR und sprach von der „Sowjetzone“, dem „Satelliten“-Staat; die DDR-Regierung wurde als „Pankow-Regime“, „SED-Machthaber“ und „Statthalter Mos-

kaus“ charakterisiert. Die innenpolitischen Maßnahmen der SED, die eine schrittweise Anpassung des Wirtschaftssystems an das sowjetische Vorbild bezweckten, lösten eine breite Fluchtbewegung aus und führten 1953 mit zum Aufstand, den Adenauer in seiner zweiten Regierungserklärung zu Beginn der zweiten Legislaturperiode als überzeugenden Beweis dafür interpretierte, „dass der [...] Freiheitsbegriff (der Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone) mit dem unseren und nicht mit dem der dortigen Machthaber identisch ist“. Diese Entwicklungen in der DDR bekräftigten den Anspruch der Bundesrepublik, für ganz Deutschland zu sprechen, und ließen alle Anstrengungen der DDR-Regierung, mit der Bundesregierung ins Gespräch zu kommen, erfolglos bleiben. Den Wahlkampf 1953 bestritt die CDU mit dem Slogan „Einheit, Freiheit, Frieden“ und konnte ihren Stimmanteil von 31,0 Prozent auf 45,2 Prozent erhöhen. Adenauer wertete in seiner Regierungserklärung 1953 das Wahlergebnis als einen „Volksentscheid, insbesondere auch für die in den vergangenen vier Jahren verfolgte Außenpolitik“.

Bereits in seiner ersten Regierungserklärung hatte Adenauer den Wunsch seiner Regierung unterstrichen, mit „unseren östlichen Nachbarn, insbesondere mit der Sowjetunion und Polen, in Frieden zu leben. Wir haben den dringenden Wunsch, dass die gegenwärtig bestehenden Spannungen zwischen Sowjet-Russland und den Westalliierten ihre Lösung im Laufe der Zeit auf friedlichem Wege finden. Aber wenn ich ausspreche, dass wir den Wunsch haben, in Frieden mit Sowjet-Russland und Polen zu leben, so gehen wir davon aus, dass auch Sowjet-Russland und Polen uns unser Recht lassen und unsere deutschen Landsleute auch in der Ostzone und in dem ihnen un-

terstehenden Teil von Berlin das Leben in Freiheit führen lassen, das deutschem Herkommen, deutscher Erziehung und deutscher Überzeugung entspricht.“

Der Primat der „Freiheit“, dem Adenauer seine gesamte Politik unterwarf und aus dem er auch seine Westpolitik entwickelte, wird hier noch ziemlich unscharf auf die deutsche Frage angewandt. Er wurde präziser herausgearbeitet, als die Hoffnungen auf die Lösung der Spannungen zwischen Ost und West vor allem infolge des Korea-Krieges abnahmen und die Sowjetunion die Frage der Einheit Deutschlands immer wieder ins Spiel brachte, um mit dem Lockwort „Neutralisierung“ die Adenauersche Politik der Westintegration zu verzögern und zu blockieren.

Die These Adenauers, dass die „Wiedervereinigung“ Deutschlands nur auf dem Weg über die „westeuropäische Integration“ zu erreichen sei, wurde vor allem durch die sowjetische Note vom 10. März 1952 an die westlichen Alliierten einem Härtetest unterzogen. Stalin schlug in einem Grundriss für einen Friedensvertrag ein Neutralisierungskonzept für ein wieder vereinigtes Deutschland vor, das bürgerliche Freiheiten ebenso beinhaltete wie auch die Aufstellung nationaler Verteidigungsstreitkräfte. Dersich hieran anschließende Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten wie auch die dadurch ausgelöste Diskussion in der Öffentlichkeit zwangen Adenauer, sein Wiedervereinigungskonzept zu präzisieren: Für die Sowjetunion sei die Wiedervereinigung Deutschlands ein Teil ihres Strebens, ihr osteuropäisches Hegemonialsystem zu stabilisieren. Undenkbar sei die Lösung der deutschen Frage ohne eine Neuordnung Osteuropas. Dies können nicht im „Kalten Krieg“ gelingen, sondern nur im Klima einer europäischen

und weltweiten „Entspannung“. Diese sei jedoch nur dann zu erreichen, wenn der Westen stark und einig sei, um so die Sowjetunion zur alternativlosen Entspannung zu bringen. Ein für den Westen akzeptabler Modus vivendi mit der Sowjetunion sei anders nicht zu erreichen.

Dieser Einschätzung Adenauers lag nicht nur die Sorge zu Grunde, dass die Neutralisierung Deutschlands den europäischen Integrationsprozess blockieren würde, sondern vor allem die Furcht, dass die Vereinigten Staaten sich dann aus Europa zurückziehen und die Europäer einschließlich des neutralisierten Deutschlands dann unter Hegemonie der Sowjetunion geraten würden. Zusammenschluss und Stärkung des Westens als Mittel, die Sowjetunion von dem beiderseitigen Vorteil einer „Lösung der Spannungen“ zu überzeugen, das waren die Elemente seiner Konzeption einer „Politik der Stärke des Westens“; der Westen müsse einen „starken Damm“ gegenüber dem sowjetischen Druck errichten, der der „furchtbaren Gefahr für unsere Freiheit, für alles, was uns heilig und teuer ist“, entgegengesetzt werden müsse und auch die „einige Möglichkeit“ biete, „den Frieden zu retten“. Denn „ein totalitärer Staat kennt nur eine Sprache, und das ist die Sprache der Macht, und ein totalitärer Staat ist nur dann bereit, mit einem anderen zu sprechen, wenn er weiß, dass der andere eine Macht bedeutet“.

Ausgleich der Gegensätze

Aus dem ihre Grundpositionen überwölbenden Freiheitsbegriff entwickelte die CDU auch ihre innenpolitische Terminologie. Dabei sind die Entschärfung Konrad Adenauers und die Überwindung von Interessengegensätzen das zentrale Motiv.

Durch den Ausgleich der Gegensätze glaubte die CDU, das Wohl des Ganzen am ehesten mit individueller Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit in Übereinstimmung bringen zu können. Dies sollte die Selbstcharakterisierung der CDU als „Volkspartei“ zum Ausdruck bringen. Auch der Verzicht auf den Begriff „Partei“ sollte ihren politischen Willen deutlich machen, die konfessionelle Spaltung zu überwinden, in der ein bedeutsamer Ursachenkomplex für die Fehlentwicklungen der deutschen Geschichte gesehen wurde.

Das Grundmotiv der Harmonisierung vor allem leitete die gesellschaftspolitische Terminologie. Sprach die CDU noch in den Düsseldorfer Leitsätzen, mit denen sie das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft programmatisch übernahm, von „Arbeitern und Angestellten“, so wird in den Regierungserklärungen und Programmaussagen der Partei ab 1949 durchweg der sozialrechtliche und -psychologische Unterschiede nivellierende Ausdruck „Arbeitnehmer“ verwandt, mit dem die „Arbeitgeber“ in Korrespondenz gesetzt werden. „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ werden terminologisch verbunden zu „Sozialparteien“, die, wie Adenauer in seiner Regierungserklärung 1953 hoffte, „in verantwortungsbewusster Zusammenarbeit auch in Zukunft einen Ausgleich der Interessen ohne Erschütterung der Wirtschaft und ohne Störung der Allgemeinheit durch größere Arbeitskämpfe finden werden“. Es ist für die CDU-Terminologie der Innenpolitik charakteristisch, dass die Verwendung des „Freiheits“-Begriffs, wie es Adenauer hier bei der Tariffreiheit der „Sozialpartner“ macht, mit dem Hinweis auf Verantwortung und Bindung an allgemeine Interessen verknüpft wird.

Die Koppelung von „Freiheit“ und „Verantwortung“ für das Ganze „als Voraussetzung

für den gesellschaftlichen Ausgleich“ liegt auch der „sozialgebundenen Verfassung für die gewerbliche Wirtschaft“ zu Grunde, die die CDU mit ihrer erfolgreichen terminologischen Neubildung „Soziale Marktwirtschaft“ bezeichnete. In ihr wird die „Leistung freier und tüchtiger Menschen“ in eine Ordnung gebracht, die „ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle“ erbringen soll. „Diese Ordnung wurde geschaffen durch Freiheit und Bindung, die in der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ durch echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrollen“ zum Ausdruck kommen. Die „Soziale Marktwirtschaft“, die von der „freien Wirtschaft alten Stils“ mit ihren „unsozialen Auswüchsen“ abgesetzt und in einen scharfen Gegensatz zum „System der Planwirtschaft“ gebracht wird, sei eine „Wirtschaftsordnung, die zu echter Freiheit führt. Wer frei sein will, muss sich dem Wettbewerb unterwerfen und darauf verzichten, Macht auf dem Markt zu erstreben. Wer Macht auf dem Markt besitzt, das heißt twernicht durch Wettbewerb kontrolliert ist, darf nicht frei sein.“ Sind hier schon vor der Gründung der Bundesrepublik jene zentralen Begriffe massiert, mit denen die CDU bis in die sechziger Jahre hinein ihre wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen kennzeichnete, so entfaltete sich die Terminologie ihrer Sozialpolitik erst ab Mitte der fünfziger Jahre. Adenauer und seine Partei hatten zwar immer wieder die Notwendigkeit unterstrichen, in der Sozialpolitik Anstrengungen zu unternehmen, eine „umfassende Sozialreform“ durchzuführen, aber „Sozialpolitik ist nur möglich, wenn die Wirtschaft gedeiht, Beschäftigung gibt und Steuern liefert“. Nachdem – nicht zuletzt dank einer zurückhaltenden Lohnpolitik der Gewerkschaften – die Wiederbelebung der Wirtschaft ge-

lungen, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt und diese Erfolge mit dem Etikett „deutsches Wirtschaftswunder“ versehen worden waren, baute die CDU die bis Mitte der fünfziger Jahre zu kurz gekommene Sozialpolitik konzeptionell und terminologisch aus. Sie hatte bereits in ihrem Hamburger Programm von 1953 festgestellt, dass „unsere Sozialpolitik kein Anhängsel an die Soziale Marktwirtschaft (ist), sondern deren Ziel“. Unter dem Stichwort „Sicherung des sozialen Friedens“ entwickelte die CDU eine umfassende Konzeption der „Sozialreform“, deren Kernstück die „Rentenreform“ von 1957 war; durch sie wurde die Höhe der Rente an die Entwicklung des Sozialproduktes gebunden. Mit der „dynamischen Rente“ gewann das „System der sozialen Sicherheit“ eine deutlichere Kontur. Unter dem angestrebten „Wohlstandsstaat“ sollte nach dem damaligen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier „der auf die Freiheit und Selbstverantwortung des Einzelnen gegründete soziale Rechtsstaat“ verstanden werden. Dagegen sei es das Rezept des „Versorgungsstaates“, den „Arbeitsertrag des Einzelnen von Staats wegen in so hohem Maße in Anspruch zu nehmen, dass aus dem gemeinsamen Pott [...] eine gleichmäßige Befriedigung der Existenzbedürfnisse aller Staatsbürger ermöglicht wird. Das ist der hochmoderne, friedliche Weg zur Erreichung eines alten marxistisch-sozialistischen Ziels, nämlich der klassenlosen Gesellschaft in einem sozial-egalitären Massenstaat.“ Die CDU bemühte sich ab 1953, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft auch auf der eigentumspolitischen Seite auszubauen. Die Anerkennung des Eigentums gehörte zu der von ihr immer wieder betonten elementaren Voraussetzung ihrer Ordnungspolitik, und sie hatte

stets eine möglichst breite Streuung des Eigentums gefordert. Bereits im Hamburger Programm von 1953 sieht sie in der Eigentumsbildung für alle Schichten ein Mittel, der Bedrohung durch „kollektivistische Tendenzen unserer Zeit entgegenzutreten“. Persönliches Eigentum fördere eine verantwortungsvolle Lebensführung des Menschen und seiner Familie. Je mehr Eigentümer, desto ausgewogener das soziale Gefüge und desto gesicherter der soziale Friede.

Ein offensives Konzept zur Vermögenspolitik wurde von Ludwig Erhard 1957 mit der Formel „Eigentum für jeden, Wohlstand für alle“ vorgelegt, um „mit jedem weiteren wirtschaftlichen Fortschritt zu einer immer breiteren Streuung des Eigentums an Produktionsmitteln zu kommen“. Mit der „Volksaktie“ sollten breiteste Kreise Eigentum an volkswirtschaftlichem Kapital erhalten. In der Regierungserklärung 1957 hatte Adenauer betont: „Streuung von Besitz in weitem Umfang ist nötig, um einer möglichst großen Zahl von Staatsbürgern Selbstgefühl und das Gefühl der Zugehörigkeit zum Volksganzen zugeben“. Präziser formuliert er in seiner Regierungserklärung von 1961 die Beweggründe für die vermögenspolitische Initiative: „Nicht nur das Eigentum an Haus und Boden, auch die sonstige Eigentumsbildung in allen sozialen Schichten und eine breite Streuung dessich neu bildenden Vermögens sind für uns in Zukunft ein dringliches Anliegen. Privates Eigentum stärkt die wirtschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit des Einzelnen und der Familie. Die breite Streuung des privaten Eigentums ist eine Voraussetzung für die Stabilität unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.“

Ähnlich wie in der Außenpolitik Adenauers gewann der Begriff der Integration auch in

der Innenpolitik eine hervorragende Stellung. Er wurde beispielsweise dazu benutzt, um eine konstruktive Flüchtlingspolitik zu markieren. Zwar wurde von der CDU wie auch von den anderen Parteien das „Recht auf Heimat“ immer wieder hervorgehoben und erklärt, dass die Millionen Vertriebener und Flüchtlinge in den Genuss dieses Rechtes kommen müssten. Diese Deklamationen verloren jedoch einen guten Teil ihrer offensiven Konnotation durch die von Gründung der Bundesrepublik Deutschland an betriebene Politik der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge. Sie gelang mit einer Vielzahl von Maßnahmen, deren größerer Teil unter dem Begriff „Lastenausgleich“ (ein Ausdruck, den Ludwig Erhard erstmals schon 1944 benutzte) zusammengefasst wurde.

Als Bundeskanzler Adenauer sein Amt räumte, verfügte die Bundesrepublik über ein Parteiensystem, dessen Stabilität auch von einem breiten Konsens für die politische Terminologie getragen wurde. Die von Adenauer herausgearbeitete Dichotomie von „Freiheit“ und „Totalitarismus“, deren Überzeugungskraft durch die Politik der Sowjetunion unablässig gestärkt wurde, hatte einen starken Homogenisierungseffekt ausgelöst. Aus ihm gewannen die Europa-Idee, das Verteidigungs-Bündnis des Westens unter Führung der USA wie auch die Soziale Marktwirtschaft ihre Kraft. So konnte aus der programmatischen und terminologischen Anerkennung der Dichotomie Konsequenzen für die Hierarchie der oberen politischen Ziele gezogen werden. Damit war die Lösung der nationalen Frage der Sicherung von Freiheit und Frieden untergeordnet. Die politische Wende von 1989/90 hat die Zukunftsfähigkeit dieses Konzepts bewiesen.